

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1353003

Lobbyismus

Ministerien sollen Hilfe aus Firmen offenlegen

VON VIKTOR FUNK

Die Bundesregierung will den Einsatz externer Mitarbeiter, die von Firmen und Verbänden in Ministerien entsandt werden, stärker regeln. Sie reagiert damit auf die deutliche Kritik des Bundesrechnungshofes. Am heutigen Mittwoch will das Kabinett eine neue Vorschrift beschließen, die den Kritikern der Leih-Mitarbeiter jedoch nicht weit genug geht.

Laut Regierungskreisen sollen in die neue Vorschrift die Vorschläge des Haushaltsausschusses vollständig übernommen werden. Setzt die Regierung sie um, wird sie demnächst alle sechs Monate den Ausschuss darüber informieren, welcher Mitarbeiter aus welchem Unternehmen in welcher Behörde tätig war; die Bürger sollen diese Infos zudem auf den Homepages der Behörden finden. Ganz verboten werden soll die Mitwirkung der Externen bei Gesetzesformulierungen, in Kontrollbereichen und bei öffentlichen Auftragsvergaben.

Den Lobbyisten-Kritikern von Lobby-Control gehen die Pläne nicht weit genug. "Warum kann man den Einsatz auswärtiger Mitarbeiter in Behörden nicht ganz verbieten?", fragt Ulrich Müller, Geschäftsführer bei Lobby-Control. Das Argument, man benötige deren Fachwissen, lässt er nicht gelten. "Das Fachwissen kann man auf deutlich demokratischerem Weg einbringen, zum Beispiel über transparent vergebene Beratungsaufträge."

Transparenz ist das richtige Stichwort für Otto Fricke, FDP-Politiker und Vorsitzender des Haushaltsausschusses. Von einem Externen-Verbot halte er nichts. "Die Interessenkonflikte, die sich vielleicht bei einem externen Mitarbeiter in einem Ministerium ergeben, lassen sich mit Transparenz lösen", sagt Fricke der FR. Es müssen klar erkennbar sein, von welchem Verband oder Unternehmen jemand komme und welche Aufgaben er in einer Behörde habe.

Die entscheidende Gefahr sei jedoch nicht gebannt, sagt Müller. Externe können nach wie vor die Beamten in den Behörden beraten und beeinflussen. Zudem habe die Transparenz nach wie vor ein Nachteil: "Ist ein Gesetz erstmal verabschiedet, ist es wenig sinnvoll, nachträglich zu zeigen, wer daran beteiligt war."

Erst vor kurzem erwirkte der Grünen-Politiker Volker Beck vom Innenministerium eine Auflistung der Gesetze, an denen in den vergangenen fünf Jahren Gäste von außen mitgestrickt haben. Danach haben sie an mindestens 30 Gesetzen gewirkt, darunter an dem Anlegerschutzverbesserungsgesetz, dem Tagesbetreuungsausbaugesetz und auch dem Präventionsgesetz.

[document info]
Copyright © FR-online.de 2008
Dokument erstellt am 17.06.2008 um 17:52:10 Uhr
Letzte Änderung am 18.06.2008 um 09:47:10 Uhr
Erscheinungsdatum 18.06.2008